

D. 2002 — 1250

[C — 2002/33019]

20. DEZEMBER 2001 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern

Aufgrund des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, so wie abgeändert durch die Erlasse vom 4. April 1996, 25. April 1996, 19. Dezember 1996 (I), 19. Dezember 1996 (II), 27. Februar 1997, 27. November 1997, 11. Dezember 1997, 22. Januar 1998 (I), 22. Januar 1998 (II), das Dekret vom 5. Februar 1998 (I), die Erlasse vom 26. März 1998, 2. April 1998 (II), 14. Mai 1998, 4. Juni 1998, 9. Juli 1998, 23. Dezember 1998, 4. März 1999 (II), das Dekret vom 6. Mai 1999 und den Erlass vom 14. Dezember 2000;

Aufgrund des am 12. Dezember 2001 abgegebenen Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des am 19. Dezember 2001 abgegebenen Gutachtens der Finanzinspektion;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers zuständig für Finanzen und Haushalt;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung der Tatsache, dass die Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* und die Anwendung der Abänderungen zum Erlass der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, so wie zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 14. Dezember 2000, wegen der zu wahrenen Rechtssicherheit und der notwendigen effizienten Durchführungsschritte auf Verwaltungsebene einschließlich der Umsetzung der Richtlinien zum System des Zeitkredits, so wie es in Ausführung des Gesetzes vom 10. August 2001 bezüglich der Übereinstimmung von Beschäftigung und Lebensqualität zum 1. Januar 2002 in Kraft tritt, keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 2, Absatz 2, des Erlasses der Wallonischen Regierung über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, so wie zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist der Wortlaut "der Vorteile der Laufbahnunterbrechung, die durch das Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen eingeführt wurde" zu ersetzen durch den Wortlaut "der Vorteile der Laufbahnunterbrechung oder des Systems des Zeitkredits, so wie vorgesehen durch das Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen, abgeändert durch das Gesetz vom 10. August 2001 bezüglich der Übereinstimmung von Beschäftigung und Lebensqualität." » .

Art. 2 - § 1 - Artikel 4, § 1, 16., wird ergänzt durch folgenden Wortlaut: "die Arbeitnehmer, die beschäftigt werden in Ausführung des Königlichen Erlasses vom 14. Oktober 1998 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 1998 zur Regelung der Beteiligung an den Lohnkosten für die Arbeitnehmer der Gemeinden des deutschen Sprachgebietes, die im Rahmen eines Programms für beruflichen Übergang beschäftigt werden;" .

§ 2 - Artikel 4, § 1, desselben Erlasses ist zu ergänzen durch folgenden Absatz: "Bei durchgehender Vertragsdurchführung des BVA aufgrund aufeinanderfolgender Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber mit identischem Arbeitsauftrag müssen die in Artikel 4, § 1, angeführten Bedingungen, die der BVA erfüllen muss, am Vortag der ersten, nach dem 31. Dezember 2000 stattfindenden Vertragsdurchführung zutreffen." .

Art. 3 - In Artikel 5, § 2, Absatz 1, 3. und 4., desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist das Wort "durchgehend" vor dem Wort "mindestens" einzufügen.

In Artikel 5, § 2, Absatz 1, 5., desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, sind die Wörter "durchgehend mindestens" vor den Wörtern "6 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist" einzufügen.

In Artikel 5, § 2, Absatz 1, 6., desselben Erlasses so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist das Wort "durchgehend" vor dem Wort "mindestens" einzufügen und das Wort "war" durch "ist" zu ersetzen.

Artikel 5, § 2, desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist zu ergänzen durch folgenden Absatz: "Bei durchgehender Vertragsdurchführung des BVA aufgrund aufeinanderfolgender Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber mit identischem Arbeitsauftrag müssen die in Artikel 5, § 2, Absatz 1, angeführten Bedingungen, die der BVA erfüllen muss, am Vortag der ersten, nach dem 31. Dezember 2000 stattfindenden Vertragsdurchführung zutreffen." .

Art. 4 - In Artikel 5, § 3, Absatz 1, 3. und 4., desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist das Wort "durchgehend" vor dem Wort "mindestens" einzufügen.

In Artikel 5, § 3, Absatz 1, 5., desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, sind die Wörter "durchgehend mindestens" vor den Wörtern "12 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist," einzufügen.

In Artikel 5, § 3, Absatz 1, desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist unterhalb von 5. folgender Wortlaut einzufügen "6. die einen BVA einstellen, der mindestens 55 Jahre alt und durchgehend mindestens 6 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist," .

Artikel 5, § 3, desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist zu ergänzen durch folgenden Absatz: "Bei durchgehender Vertragsdurchführung des BVA aufgrund aufeinanderfolgender Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber mit identischem Arbeitsauftrag müssen die in Artikel 5, § 3, Absatz 1, angeführten Bedingungen, die der BVA erfüllen muss, am Vortag der ersten, nach dem 31. Dezember 2000 stattfindenden Vertragsdurchführung zutreffen."

Art. 5 - Der Wortlaut des Artikels 5, § 4, Absatz 1, desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«

1. Für die in Artikel 2, Absatz 1, angeführten Arbeitgeber, die BVA beschäftigen als:

a) Koordinationspersonal in sozioprofessionellen Eingliederungsprojekten mit Risikopublikum, in Projekten zur Notaufnahme hilfsbedürftiger Personen und in Projekten begleiteten Wohnens;

b) Koordinationspersonal in Projekten zur Vorbeugung sozialer Ausgrenzung einschließlich der Betreuung von Personen mit einer Behinderung;

2. für die in Artikel 2, Absatz 1, 7., angeführten Arbeitgeber, die durch den Dienst für Kind und Familie der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt sind, sowie für den vorgenannten Dienst, in Ermangelung des hiernach angeführten Dienstleistungsangebots durch erstgenannte Arbeitgeber, die zur Inanspruchnahme des Dienstleistungsangebots durch Eltern BVA beschäftigen als:

a) Erzieher und Haushaltshilfen bei Mehrfachgeburten, worunter man die Geburt von mindestens drei Kindern in einem Jahr versteht;

b) Haushaltshilfe einer/eines alleinerziehenden Witwe(rs) die/der mindestens drei Kinder unter dreizehn Jahren tatsächlich täglich zu Lasten hat;

beträgt im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft die maximale jährliche Prämie 21.070,95 € pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Einstellung eines BVA.».

Art. 6 - In Artikel 5 desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, ist ein § 4bis mit folgendem Wortlaut einzufügen:

«§ 4bis Für die Anwendung der §§ 2 und 3 ist ein entschädigter Vollarbeitsloser derjenige, der nicht durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist und ununterbrochen für alle Tage der Woche, außer sonntags, Wartebeihilfe oder Arbeitslosengeld bezieht.

Folgende Zeiten gelten nicht als Unterbrechungszeiten des Bezuges der in Artikel 5 angeführten Leistungen zu Lasten des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung:

1. die Zeiten des Bezuges einer Entschädigung in Anwendung der gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen über die Kranken- und Invaliditätspflichtversicherung;

2. die Zeiten der Haft oder Gefängnisstrafe;

3. die anderen Unterbrechungsereignisse einer Gesamtdauer von weniger als drei vollständigen Monaten, einschließlich der Zeiten der Beschäftigung;

4. die Zeiten des Bezuges des Existenzminimums in Anwendung des Gesetzes vom 7. August 1974 zur Einführung des Rechts auf ein Existenzminimum;

5. die Zeiten des Bezuges der finanziellen Sozialhilfe für Personen, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Anrecht auf das Existenzminimum haben und die im Bevölkerungsregister oder Fremdenregister eingetragen sind.

Für die in Artikel 5 angeführten Empfänger des Existenzminimums oder der Sozialhilfe gelten die Zeiten des Bezuges der in Absatz 1 angeführten Leistungen zu Lasten des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung und die im vorigen Absatz unter 1. bis 3. angeführten Zeiten nicht als Unterbrechungszeit des Bezuges des Existenzminimums oder der Sozialhilfe.

Die entweder aufgrund der Artikel 78 oder 79 des Königlichen Erlasses durch die entschädigten Vollarbeitslosen jeweils im Rahmen einer Beschützenden Werkstätte oder einer ihr für die Anwendung des Artikels 78 des Königlichen Erlasses gleichgestellten Einrichtung, oder im Rahmen einer lokalen Beschäftigungsagentur ausgeübten Tätigkeiten gelten für die Anwendung vorliegenden Artikels nicht als im Rahmen eines Arbeitsvertrages ausgeübte Tätigkeiten.»

Art. 7 - Artikel 9, Absatz 2, desselben Erlasses, so wie ersetzt durch Artikel 9 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: "Mit Ausnahme der in Artikel 5, § 3, Absatz 1, 6., angeführten BVA werden die BVA beim Arbeitsamt als Arbeitsuchende eingetragen.»

Art. 8 - Artikel 17 desselben Erlasses wird ersetzt durch den Wortlaut:

«Der Minister hebt die Auszahlung der Prämie auf, wenn der Arbeitgeber den Personalmitgliedern nicht die Vorteile der Laufbahnunterbrechung oder des Zeitkredits, so wie vorgesehen durch das Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen, abgeändert durch das Gesetz vom 10. August 2001 bezüglich der Übereinstimmung von Beschäftigung und Lebensqualität, zuteil werden lässt, oder wenn er, obwohl er dazu verpflichtet ist, nicht die gemäß Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung vorgeschriebene Anzahl Arbeitsuchender im Rahmen der Konvention zum ersten Arbeitsplatz beschäftigt.»

Art. 9 - In der Anlage I zum Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2000 zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern ist:

1. Artikel 1, 2°, zu ersetzen durch den Wortlaut "2° gewährleistet, während der Gültigkeitsdauer des vorliegenden Abkommens, die gemäß Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung vorgeschriebene Anzahl Arbeitsuchender im Rahmen der Konvention zum ersten Arbeitsplatz zu beschäftigen;(1)";

2. die Fußnote 1 durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: "Gilt für Arbeitgeber, die mindestens 50 Personen beschäftigen.»;

3. in der Tabelle des Artikels 10 ist der Wortlaut: "Folgende Zuschusskategorie gilt nur für die in Artikel 4 und Artikel 5, § 4, angeführten Tätigkeiten:" zu ersetzen durch: "Folgende Zuschusskategorie gilt nur für die in Artikel 5, § 4, angeführten, durch einen BVA ausgeübten Tätigkeiten:".

In derselben Anlage I und in der Anlage II zum selben Erlass ist im Titel nach der Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" die Wortfolge "vom 14. Dezember 2000" einzufügen.

Art. 10 - Die Artikel 2, 3, 4, Absatz 1, 2 und 4, Artikel 5 mit Ausnahme von Punkt 2. b), des Erlasses werden am 1. Januar 2001 wirksam.

Die Artikel 1, 4, Absatz 3, Artikel 5, Punkt 2. b), 6, 7, 8 und 9 des Erlasses treten am 1. Januar 2002 in Kraft.

Art. 11 - Der Minister zuständig für die Beschäftigung, den Haushalt und die Finanzen wird mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Dezember 2001

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident

Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung, Kultur und Tourismus,

B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

H. NIESSEN

TRADUCTION

F. 2002 — 1250

[C — 2002/33019]

20 DECEMBRE. 2001. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, tel que modifié par les arrêtés des 4 avril 1996, 25 avril 1996, 19 décembre 1996 (I), 19 décembre 1996 (II), 27 février 1997, 27 novembre 1997, 11 décembre 1997, 22 janvier 1998 (I), 22 janvier 1998 (II), le décret du 5 février 1998 (I) et par les arrêtés des 26 mars 1998, 2 avril 1998 (II), 14 mai 1998, 4 juin 1998, 9 juillet 1998, 23 décembre 1998, 4 mars 1999 (II), le décret du 6 mai 1999 et l'arrêté du 14 décembre 2000;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 12 décembre 2001;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 19 décembre 2001;

Vu l'accord du Ministre compétent en matière de Finances et de Budget;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que la publication au *Moniteur belge* et l'application des modifications apportées à l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, tel que modifié en dernier lieu par l'arrêté du 14 décembre 2000, ne souffrent aucun délai étant donné la nécessité de garantir la sécurité juridique et l'efficacité de l'exécution au niveau administratif, en ce compris la transposition des directives relatives au système de crédit-temps tel qu'il entre en vigueur le 1^{er} janvier 2002 en application de la loi du 10 août 2001 relative à la conciliation entre l'emploi et la qualité de vie;

Sur la proposition du Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. A l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement wallon relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, tel que modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, le passage « des avantages de l'interruption de carrière instaurée par la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales » doit être remplacé par le passage « des avantages de l'interruption de carrière ou du système de crédit-temps, prévus par la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, modifiée par la loi du 10 août 2001 relative à la conciliation entre l'emploi et la qualité de vie. »

Art. 2. § 1^{er}. L'article 4, § 1^{er}, 16°, est complété par le passage suivant : « , les travailleurs occupés en application de l'arrêté royal du 14 octobre 1998 modifiant l'arrêté royal du 30 mars 1998 portant règlement de l'intervention dans le coût salarial pour les travailleurs de communes appartenant à la Région de langue allemande, mis au travail dans le cadre d'un programme de transition professionnelle; ».

§ 2 - L'article 4, § 1^{er}, du même arrêté est complété par l'alinéa suivant : « En cas d'exécution ininterrompue du contrat du T.C.S. en raison de contrats de travail successifs conclus auprès d'un même employeur pour une tâche identique, les conditions prévues à l'article 4, § 1^{er}, et auxquelles doit satisfaire le T.C.S., doivent être remplies la veille de la première exécution du contrat suivant le 31 décembre 2000. »

Art. 3. A l'article 5, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, les points 3° et 4° doivent être complétés par les mots « sans interruption ».

A l'article 5, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, le point 5° doit être complété par les mots « au moins sans interruption ».

A l'article 5, § 2, alinéa 1^{er}, 6°, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, il y a lieu de remplacer les mots « a été » par « est » et d'insérer les mots « sans interruption » après le mot « mois ».

L'article 5, § 2, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, doit être complété par l'alinéa suivant : « En cas d'exécution ininterrompue du contrat du T.C.S. en raison de contrats de travail successifs conclus auprès d'un même employeur pour une tâche identique, les conditions prévues à l'article 5, § 2, alinéa 1^{er}, et auxquelles doit satisfaire le T.C.S., doivent être remplies la veille de la première exécution du contrat suivant le 31 décembre 2000. ».

Art. 4. A l'article 5, § 3, alinéa 1^{er}, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, les points 3° et 4° doivent être complétés par les mots « sans interruption ».

A l'article 5, § 3, alinéa 1^{er}, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, le point 5° doit être complété par les mots « au moins sans interruption ».

L'article 5, § 3, alinéa 1^{er}, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, doit être complété, après le point 5°, par un point 6° libellé comme suit : « 6° engagent un T.C.S. âgé d'au moins 55 ans qui est chômeur complet indemnisé depuis 6 mois au moins sans interruption ».

L'article 5, § 3, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, doit être complété par l'alinéa suivant : « En cas d'exécution ininterrompue du contrat du T.C.S. en raison de contrats de travail successifs conclus auprès d'un même employeur pour une tâche identique, les conditions prévues à l'article 5, § 3, alinéa 1^{er} et auxquelles doit satisfaire le T.C.S., doivent être remplies la veille de la première exécution du contrat suivant le 31 décembre 2000. ».

Art. 5. Le libellé de l'article 5, § 4, alinéa 1^{er}, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, est remplacé comme suit :

« Dans le cadre des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la prime annuelle pour l'engagement de T.C.S. est plafonnée à 21.070,95 € par équivalent temps plein

1° pour les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, qui engagent des T.C.S. :

a) en tant que personnel de coordination pour des projets d'insertion socio-professionnelle de personnes à risques, des projets d'accueil d'urgence de nécessiteux et des projets d'habitations protégées;

b) en tant que personnel de coordination pour des projets tendant à prévenir l'exclusion sociale, en ce compris la guidance de personnes handicapées;

2° pour les employeurs visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 7°, agréés par le service « Kind und Familie » (Enfance et Famille) de la Communauté germanophone, qui engagent, pour répondre à la demande de parents, des T.C.S.

a) en tant qu'éducateur et aide ménagère en cas de naissance multiple, à savoir lors de la naissance d'au moins trois enfants en un an;

b) en tant qu'aide ménagère auprès d'un veuf/d'une veuve qui a réellement au moins trois enfants de moins de 13 ans journalièrement à charge et les élèves seul(e),

ainsi que pour ledit service lorsque les premiers employeurs n'offrent pas ces prestations.

Art. 6. A l'article 5 du même arrêté, tel que remplacé par l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, il y a lieu d'insérer un § 4bis libellé comme suit :

« § 4bis - Est considéré comme chômeur complet indemnisé pour l'application des §§ 2 et 3 tout qui n'est pas lié par un contrat de travail et bénéficie sans interruption pour tous les jours de la semaine sauf le dimanche d'une allocation de chômage ou d'attente.

Les périodes suivantes ne sont pas considérées comme périodes d'interruption du bénéfice des prestations à charge de l'ONem visées à l'article 5 :

1° les périodes qui ont donné lieu au paiement d'une indemnité en vertu des dispositions légales ou réglementaires concernant l'assurance obligatoire contre la maladie et l'invalidité;

2° les périodes de détention ou d'emprisonnement;

3° les autres interruptions d'une durée totale de moins de trois mois complets, en ce compris les périodes d'occupation;

4° les périodes de bénéfice du minimex en application de la loi du 7 août 1974 instituant le droit à un minimum de moyens d'existence;

5° les périodes de bénéfice de l'aide sociale financière pour les personnes qui, en raison de leur nationalité, n'ont pas droit au minimex et sont inscrites dans le registre de la population ou dans le registre des étrangers.

Pour les bénéficiaires du minimex ou de l'aide sociale visés à l'article 5, les périodes de bénéfice des prestations à charge de l'ONem visées au premier alinéa et les périodes figurant aux points 1° à 3° de l'alinéa précédent ne sont pas considérées comme périodes d'interruption du bénéfice du minimex ou de l'aide sociale.

Pour l'application du présent article, les activités menées par les chômeurs complets indemnisés soit, et ce en vertu des articles 78 resp. 79 de l'arrêté royal, au sein d'un atelier protégé ou d'un établissement y assimilé en application de l'article 78 de l'arrêté royal, soit au sein d'une Agence locale pour l'emploi ne sont pas considérées comme activités menées dans le cadre d'un contrat de travail. »

Art. 7. L'article 9, alinéa 2, du même arrêté, tel que remplacé par l'article 9 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 14 décembre 2000, est remplacé comme suit :

« Les T.C.S. sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi, sauf ceux visés à l'article 5, § 3, alinéa 1, 6°. »

Art. 8. L'article 17 du même arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« Le Ministre suspend le versement de la prime lorsque l'employeur n'applique pas à son personnel les avantages liés à l'interruption de carrière ou au système de crédit-temps, prévus dans la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, modifiée par la loi du 10 août 2001 relative à la conciliation entre l'emploi et la qualité de vie ou, alors qu'il y est astreint, n'occupe pas dans le cadre de la convention de premier emploi le nombre de demandeurs d'emploi imposé conformément au chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi. ».

Art. 9. Dans l'annexe I de l'arrêté du Gouvernement du 14 décembre 2000 portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, il faut :

1° remplacer l'article 1, 2°, par le libellé suivant : « 2° garantit d'occuper dans le cadre de la convention de premier emploi, pendant la durée de validité de la présente convention, le nombre de demandeurs d'emploi imposé conformément au chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi ⁽¹⁾; »;

2° remplacer la note ⁽¹⁾ en bas de page par le libellé suivant : « Vaut pour les employeurs qui occupent au moins 50 personnes. »;

3° remplacer, dans le tableau de l'article 10, le passage « La catégorie de subventions suivante ne s'applique qu'aux activités reprises aux articles 4 et 5, § 4 » par « La catégorie de subventions suivante ne s'applique qu'aux activités reprises à l'article 5, § 4 et exercées par un T.C.S. ».

Dans la même annexe I et dans l'annexe II du même arrêté, il y lieu de compléter le titre en insérant les mots « du 14 décembre 2000 » après les mots « de la Communauté germanophone ».

Art. 10. Les articles 2, 3, 4, alinéas 1^{er}, 2 et 4, ainsi que l'article 5 à l'exception du point 2b) de cet arrêté produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2001.

Les articles 1^{er}, 4, alinéa 3, 5, point 2b), 6, 7, 8 et 9 de cet arrêté entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2002.

Art. 11. Le Ministre compétent en matière d'Emploi, de Budget et de Finances est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 20 décembre 2001.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments,
de la Santé et des Affaires sociales
H. NIESEN

VERTALING

N. 2002 — 1250

[C — 2002/33019]

20 DECEMBER 2001. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van de Raad van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals gewijzigd bij de besluiten van 4 april 1996, 25 april 1996, 19 december 1996 (I), 19 december 1996 (II), 27 februari 1997, 27 november 1997, 11 december 1997, 22 januari 1998 (I), 22 januari 1998 (II), het decreet van 5 februari 1998 (I), de besluiten van 26 maart 1998, 2 april 1998 (II), 14 mei 1998, 4 juni 1998, 9 juli 1998, 23 december 1998, 4 maart 1999 (II), het decreet van 6 mei 1999 en het besluit van 14 december 2000;

Gelet op het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 12 december 2001;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 19 december 2001;

Gelet op het akkoord van de Minister bevoegd inzake Financiën en Begroting;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad* en de uitvoering van de wijzigingen aangebracht aan het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals laatst gewijzigd bij het besluit van 14 december 2000, geen uitstel lijden wegens de noodzakelijkheid de rechtszekerheid en de efficiëntie van de uitvoering op het administratief vlak te garanderen, met inbegrip van de omzetting van de richtlijnen m.b.t. het stelsel van tijdskrediet zoals bepaald in de wet van 10 augustus 2001 betreffende de verzoening van werkgelegenheid en kwaliteit van het leven;

Op de voordracht van de Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 2, lid 2, van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals laatst gewijzigd bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moet de passus « van de voordelen van de loopbaanonderbreking ingesteld bij de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen » vervangen worden door de passus « van de voordelen van de loopbaanonderbreking en van het stelsel van tijdskrediet waarin de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen, gewijzigd bij de wet van 10 augustus 2001 betreffende de verzoening van werkgelegenheid en kwaliteit van het leven, voorziet. ».

Art. 2. § 1. Artikel 4, § 1, 16°, wordt aangevuld met volgende passus : « , de werknemers die in dienst genomen worden met toepassing van het koninklijk besluit van 14 oktober 1998 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 1998 houdende regeling van de tegemoetkoming in de loonkosten voor de werknemers van gemeenten behorend tot het Duitse taalgebied, tewerkgesteld in het kader van een doorstromingsprogramma; ».

§ 2 - Artikel 4, § 1, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met volgend lid : « Wordt het verdrag van de ge-co zonder onderbreking uitgevoerd wegens opeenvolgende arbeidsovereenkomsten die bij dezelfde werkgever voor een gelijkwaardige taak gesloten zijn, dan moeten de voorwaarden bepaald in artikel 4, § 1 en waaraan de ge-co moet voldoen, op de dag vóór de eerste uitvoering van het verdrag na 31 december 2000 vervuld zijn. ».

Art. 3. In artikel 5, § 2, lid 1, 3° en 4°, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moeten de woorden « zonder onderbreking » na de woorden « maanden lang » ingevoegd worden.

In artikel 5, § 2, lid 1, 5°, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moeten het woord « tenminste » vóór en de woorden « zonder onderbreking » na de woorden « maanden lang » ingevoegd worden.

In artikel 5, § 2, lid 1, 6°, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moet het woord « was » door « is » vervangen worden en moeten de woorden « zonder onderbreking » na de woorden « maanden lang » ingevoegd worden.

Artikel 5, § 2, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, wordt aangevuld met volgend lid : « Wordt het verdrag van de ge-co zonder onderbreking uitgevoerd wegens opeenvolgende arbeidsovereenkomsten die bij dezelfde werkgever voor een gelijkwaardige taak gesloten zijn, dan moeten de voorwaarden bepaald in artikel 5, § 2, lid 1, en waaraan de ge-co moet voldoen, op de dag vóór de eerste uitvoering van het verdrag na 31 december 2000 vervuld zijn. ».

Art. 4. In artikel 5, § 3, lid 1, 3° en 4° van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moeten de woorden « zonder onderbreking » na de woorden « maanden lang » ingevoegd worden.

In artikel 5, § 3, lid 1, 5° van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moeten het woord « tenminste » vóór en de woorden « zonder onderbreking » na de woorden « maanden lang » ingevoegd worden.

Artikel 5, § 3, lid 1, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moet na punt 5° aangevuld worden met een punt 6° luidend als volgt : « 6° een ge-co in dienst nemen die ten minste 55 jaar oud is en 6 maanden lang zonder onderbreking volledig uitkeringsgerechtigde werkloze is geweest ».

Artikel 5, § 3, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, wordt aangevuld met volgend lid : « Wordt het verdrag van de ge-co zonder onderbreking uitgevoerd wegens opeenvolgende arbeidsovereenkomsten die bij dezelfde werkgever voor een gelijkwaardige taak gesloten zijn, dan moeten de voorwaarden bepaald in artikel 5, § 3, lid 1 en waaraan de ge-co moet voldoen, op de dag vóór de eerste uitvoering van het verdrag na 31 december 2000 vervuld zijn. ».

Art. 5. Artikel 5, § 4, lid 1, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, moet als volgt vervangen worden :

« Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten beloopt de maximale jaarlijkse premie € 21.070,95 per ge-co-voltijds equivalent

1° voor de in artikel 2, lid 1, vermelde werkgevers die ge-co's tewerkstellen als :

a) coördinatiepersoneel voor projecten m.b.t. de socio-professionele inschakeling van risicogroepen, voor projecten m.b.t. de noodopvang van behoeftigen en voor projecten m.b.t. het beschut wonen;

b) coördinatiepersoneel voor projecten ter voorkoming van de sociale uitsluiting, met inbegrip van de begeleiding van gehandicapten.

2° voor de in artikel 2, lid 1, 7° vermelde werkgevers, erkend door de dienst « Kind und Familie » (Kind en Gezin) van de Duitstalige Gemeenschap, die - om de aanvraag van ouders te beantwoorden - ge-co's tewerkstellen als

a) opvoeder en huishoudhelper bij geboorte van een meerling, te weten bij de geboorte van ten minste drie kinderen in één jaar;

b) huishoudhelper bij een weduwe/wedenaar die drie kinderen jonger dan 13 elke dag werkelijk ten laste heeft en alleen opvoedt,

alsmede voor de betrokken dienst, indien de eerstgenoemde werkgevers deze dienstprestaties niet aanbieden.

Art. 6. In artikel 5 van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 5 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000 moet een § 4bis ingevoegd worden dat luidt als volgt :

« § 4bis - Voor de toepassing van de §§ 2 en 3 geldt als volledig uitkeringsgerechtigde werkloze degene die niet door een arbeidsovereenkomst gebonden is en zonder onderbreking voor elke weekdag, met uitzondering van zondag, werkloosheids- of wachttuitkeringen geniet.

Volgende periodes gelden niet als onderbrekingsperiodes, wat de uitbetaling van de in artikel 5 bepaalde prestaties ten laste van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening betreft :

1° de periodes waarvoor een uitkering werd betaald overeenkomstig de wettelijke of reglementaire bepalingen betreffende de verplichte ziekte- en invaliditeitsverzekering;

2° de periodes van hechtenis of gevangenzitting;

3° de andere onderbrekingen met een maximale duur van minder dan drie volledige maanden, met inbegrip van de periodes van tewerkstelling;

4° de periodes waarvoor het bestaansminimum met toepassing van de wet van 7 augustus 1974 tot instelling van het recht op een bestaansminimum uitbetaald werd;

5° de periodes waarvoor de sociale hulp uitbetaald werd aan personen die wegens hun nationaliteit geen recht hebben op het bestaansminimum en ingeschreven zijn in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister.

De periodes waarvoor de prestaties bedoeld in lid 1 ten laste van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening uitbetaald werden en de periodes bepaald onder de punten 1° tot 3° van vorig lid gelden niet als onderbrekingsperiodes voor de in artikel 5 bepaalde rechthebbenden op het bestaansminimum of op de sociale hulp.

Voor de toepassing van voorliggend artikel worden de activiteiten uitgeoefend door de volledig uitkeringsgerechtigde werklozen ofwel krachtens de artikelen 78 resp. 79 van het koninklijk besluit in een beschutte werkplaats of een met toepassing van artikel 78 van het koninklijk besluit ermee gelijkgestelde instelling ofwel in een Plaatselijke Werkgelegenheidsagentschap niet beschouwd als activiteiten uitgevoerd in het kader van een arbeidsovereenkomst. ».

Art. 7. Artikel 9, lid 2, van hetzelfde besluit, zoals vervangen bij artikel 9 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 14 december 2000, wordt vervangen door de volgende tekst :

« De geco's worden bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling als werkzoekenden ingeschreven, behalve degenen die in artikel 5, § 3, lid 1, 6° bedoeld zijn. ».

Art. 8. Artikel 17 van hetzelfde besluit wordt door volgende tekst vervangen :

« De Minister schorst de storting van de premie als de werkgever zijn personeel de voordelen ontzegt van de loopbaanonderbreking of van het stelsel van tijdkrediet waarin de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen, gewijzigd bij de wet van 10 augustus 2001 betreffende de verzoening van werkgelegenheid en kwaliteit van het leven, voorziet of in het kader van de startbaanovereenkomst niet het aantal werkzoekenden tewerkstelt dat is opgelegd bij hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid. »

Art. 9. In bijlage I bij het besluit van de Regering van 14 december 2000 tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, dienen

1° artikel 1, 2° door volgende tekst : « 2° verzekert dat hij, voor de geldigheidsduur van deze overeenkomst, het aantal werkzoekenden in het kader van de startbaanovereenkomst zal tewerkstellen dat is opgelegd bij hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999, ter bevordering van de werkgelegenheid ⁽¹⁾; »;

2° de voetnoot ⁽¹⁾ door volgende tekst : « Geldt voor de werkgevers die ten minste 50 personen tewerkstellen. »;

3° in de tabel van artikel 10 de passus « Volgende subsidie categorie geldt slechts voor de in artikel 4 en artikel 5, § 4 vermelde activiteiten » door « Volgende subsidie categorie geldt slechts voor de in artikel 5, § 4, vermelde activiteiten uitgevoerd door een geco. »

vervangen te worden.

In dezelfde bijlage I en in de bijlage II bij hetzelfde besluit moet de opschrift na de woorden « van de Duitstalige Gemeenschap » door de woorden « van 14 december 2000 » aangevuld worden.

Art. 10. De artikelen 2, 3, 4, leden 1, 2, en 4, alsmede artikel 5 met uitzondering van punt 2b van dit besluit hebben uitwerking op 1 januari 2001.

De artikelen 1, 4, lid 3, 5, punt 2b), 6, 7, 8 en 9 van dit besluit treden in werking op 1 januari 2002.

Art. 11. De Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid, Begroting en Financiën is belast met de uitvoering van voorliggend besluit.

Eupen, 20 december 2001.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. NIESEN